

Alarmstufe Rot: Österreichs Industrie kämpft gegen Zollpolitik und Krise!

Die Wiener Industrie warnt 2025 vor alarmierender Lage: Hohe Energiekosten, Rückgang der Produktion und ungewisse Zukunft.



Vienna, Österreich - Die heimische Industrie steht vor einer besorgniserregenden Situation, wie **vienna.at** berichtet. Andreas Mörk, der Bundesspartengeschäftsführer der Wirtschaftskammer Österreich, hebt hervor, dass die aggressive Zollpolitik der USA maßgeblich zu einer weiteren Verschlechterung der Lage beiträgt. Die Branche hat bereits im dritten Jahr in Folge mit Produktionsrückgängen zu kämpfen, und Anzeichen auf eine baldige Besserung sind nicht in Sicht.

Vor dem Hintergrund hoher Energiepreise, einer erdrückenden Bürokratie und enormer Lohnkosten leidet die Industrie in Österreich erheblich. Prognosen deuten auf einen Abbau von rund 13.000 Arbeitsplätzen im Jahr 2024 hin. Laut Mörk gab es

im Jahr 2024 einen Produktionsrückgang von 6,2 Prozent, besonders im Bereich der metalltechnischen Industrie, Elektroindustrie und Papierindustrie, wo die Auftragslage weiterhin schwach bleibt.

Folgen für den Außenhandel und die Beschäftigung

Der Außenhandel ist ebenfalls betroffen und hat im Jahr 2024 einen Wertverlust von 10 Milliarden Euro im Export verzeichnet, mit Ausnahmen von China und den USA. Mörk äußert Bedenken, dass die Wachstumsmöglichkeiten im Außenhandel durch hohe Zölle gefährdet sind. Um dieser kritischen Lage entgegenzuwirken, fordern die Industrievertreter eine Senkung der Lohnnebenkosten sowie eine Reduzierung der Bürokratie, um die Produktionsfähigkeit zu erhöhen. Zudem wird ein „Stromausgleichsgesetz“ gefordert, um den hohen Energiepreisen entgegenzuwirken.

Menz, ein weiterer Industrievertreter, spricht sich für Lohnzurückhaltung aus, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Zudem plädieren die Vertreter der Branche für einen leichteren Zugang zur Kurzarbeit und zusätzliche finanzielle Mittel. Mörk argumentiert, dass es sinnvoller sei, Mitarbeiter im Betrieb zu halten, anstatt in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Trotz des Spardrucks in der öffentlichen Verwaltung sieht Menz budgetäre Spielräume für die geforderten Maßnahmen.

Ein Blick auf aktuelle Trends in der Industrie

In einem breiteren wirtschaftlichen Kontext beschreibt **Wirtschaftsdienst** den Rückgang des Anteils des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung in fortgeschrittenen Volkswirtschaften. In Deutschland ist der Anteil der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe von etwa 20 % im Jahr 2000 auf 17 % im Jahr 2020

gesunken. Der Begriff „Deindustrialisierung“ bleibt umstritten, obwohl der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung über 25 Jahre konstant blieb.

Die aktuellen wirtschaftlichen und geopolitischen Herausforderungen, darunter steigende Energiepreise und mögliche Gasmangellagen, könnten ebenfalls zu einem weiteren Arbeitsplatzabbau in der deutschen und europäischen Industrie führen. Um diese Herausforderungen anzugehen, hat die Bundesregierung Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung ergriffen. Auch die digitale und ökologische Transformation der Industrie wird als notwendig erachtet, um zukünftigen Herausforderungen zu begegnen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die österreichische Industrie dringend Lösungen benötigt, um den aktuellen Krisen entgegenzuwirken. Ohne eine Vielzahl koordinierter Maßnahmen könnte die Branche weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren, während sich die globalen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zunehmend zuspitzen.

Details	
Vorfall	Regionales
Ursache	hohe Energiepreise, Bürokratie, hohe Lohnkosten
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.wirtschaftsdienst.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at